

Anfragen: Januarsession 2016

Dir. Nr.	Grossrätin/Grossrat	Titel	Seite
Grosser Rat GR (Büro GR)			
7	Haas Adrian, Bern (FDP)	Irreführende Abstimmungsbotschaft	3
Polizei- und Militärdirektion POM			
3	Geissbühler-Strupler Sabina, Herrenschanzen (SVP)	Erweiterungsbau für die Ausbildung von Grenzwächtern mit grossem Diensthundebetrieb in Interlaken	4
11	Brand Peter, Münchenbuchsee (SVP)	Neue Führungsebene im Amt für Freiheitsentzug und Betreuung?	5
12	Brand Peter, Münchenbuchsee (SVP)	Wie viele Stellen werden effektiv eingespart?	6
19	Wüthrich Adrian, Huttwil (SP)	Gibt es bald siebenstellige weisse Kontrollschilder im Kanton Bern?	7
Finanzdirektion FIN			
6	Bauen Antonio, Münsingen (Grüne)	Steuerliche Praxis bei Photovoltaikanlagen	8
8	Tanner Ernst, Ranflüh (EDU)	Rückzahlungspflicht bei Steuerschulden	9
Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion BVE			
10	Etter Jakob, Treiten (BDP)	Tram Region Bern	10
16	Hofmann Andreas, Bern (SP)	Sind die Protokolle betr. Pistenhärtung bei Skirennen vorhanden und vollständig?	11
Staatskanzlei STA (Juradelegation JDR)			
13	Hirschi Irma, Moutier (PSA)	Treffen mit der Juradelegation	12
Gesundheits- und Fürsorgedirektion GEF			
4	Geissbühler-Strupler Sabina, Herrenschanzen (SVP)	Kündigung am Inselspital und Abfindung in Millionenhöhe?	13
20	Speiser-Niess Anne, Zweisimmen (SVP)	Neuwahlen des Verwaltungsrats der Insel-Gruppe	14
Erziehungsdirektion ERZ			
9	Geissbühler-Strupler Sabina, Herrenschanzen (SVP)	BFH wohin?	15
15	Bachmann Christian, Nidau (SP)	Pensionierte werden entmündigt!	16
17	Gasser Peter, Bévillard (PSA)	Der Pantograph – Mission impossible?	17
18	Wüthrich Adrian, Huttwil (SP)	Überarbeitung der Liste der lebendigen Traditionen im Kanton Bern?	18



Volkswirtschaftsdirektion VOL

- | | | | |
|---|-------------------------------|---|----|
| 1 | Imboden Natalie, Bern (Grüne) | Grand Tour of Switzerland: Unterstützung durch den Kanton Bern? | 19 |
|---|-------------------------------|---|----|

Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion JGK

- | | | | |
|----|--|---|----|
| 2 | Lanz Raphael, Thun (SVP)
Dumermuth Marianne, Thun (SP)
Costa Stefan, Langenthal (FDP) | Wird die Ungleichbehandlung der Regionen noch ausgebaut? | 20 |
| 5 | Geissbühler-Strupler Sabina,
Herrenschwanden (SVP) | Ungeklärte Brandursache des Hotels Bären in Oberried – Fragwürdige Baubewilligung für einen Neubau mit 6 Wohnungen auf dem ehemaligen Bären-Gelände | 21 |
| 14 | Hirschi Irma, Moutier (PSA) | Möglicher Wahlbetrug in Roches | 22 |

Anfragen Januarsession 2016**Anfrage 7**Urheberin/Urheber: **Haas Adrian, Bern (FDP)**Beantwortet durch: **GR
(Büro GR)****Irreführende Abstimmungsbotschaft**

Die Abstimmungsbotschaften werden im Entwurf von der STA erstellt und von der SAK beschlossen, weshalb sich die Frage zunächst an die STA richtet.

In der jüngsten Abstimmungsbotschaft für den 28.2.2016 steht auf der wohl am meisten beachteten Seite 7, der Grosse Rat habe dem Eventualantrag i. S. EG KUMV mit 75:70 zugestimmt. Damit wird den Stimmbürgern suggeriert, die Mehrheit des Parlamentes unterstütze beide Vorlagen und es sei aus Sicht des Grossen Rates somit bloss die Stichfrage entscheidend.

In Wirklichkeit hat der Grosse Rat aber nicht den Eventualantrag inhaltlich gutgeheissen, sondern bloss beschlossen, dem Volk solle ein Eventualantrag im Sinne der Parlamentsminderheit vorgelegt werden. Das ist ein wesentlicher Unterschied.

Fragen:

1. Was halten Regierungsrat und Staatskanzlei von meiner Sichtweise?
2. Wie gedenken sie künftig mit Eventualanträgen diesbezüglich zu verfahren?

Anfragen Januarsession 2016

Anfrage 3

Urheberin/Urheber: **Geissbühler-Strupler Sabina,
Herrenschwanden (SVP)**

Beantwortet durch: **POM**

Erweiterungsbau für die Ausbildung von Grenzwächtern mit grossem Diensthundebe- trieb in Interlaken

Letzthin wurde bekannt, dass in Interlaken ein Erweiterungsbau für die Ausbildung von Grenzwächtern mit Platz für über 100 Diensthunde entstehen soll.

Fragen:

1. Wurde abgeklärt, ob Synergien genutzt werden könnten betreffend die Ausbildung von Grenzwächtern und Polizisten/Polizistinnen, aber auch bei der Ausbildung von Diensthunden?
2. Ist dem Regierungsrat bekannt, dass zum Beispiel Drogenspürhunde (in der Schweiz) nur Gepäckstücke, aber keine verdächtigen Personen beschnüffeln dürfen?
3. Was könnte unternommen werden, damit diese unsinnige Regelung behoben werden kann?

Anfragen Januarsession 2016

Anfrage 11

Urheberin/Urheber: **Brand Peter, Münchenbuchsee (SVP)** Beantwortet durch: **POM**

Neue Führungsebene im Amt für Freiheitsentzug und Betreuung?

Dem Vernehmen nach soll das Amt für Freiheitsentzug und Betreuung neu organisiert werden. Dabei wird offenbar eine neue Führungsebene eingebaut, und es werden zahlreiche neue Stellen für Kadermitarbeiterinnen und Kadermitarbeiter geschaffen.

Fragen:

1. Wie viele neue Stellen werden im Amt für Freiheitsentzug und Betreuung neu geschaffen?
2. In welche Gehaltsklassen werden die neuen Funktionen eingereiht?
3. Mit welchen aufgehobenen Stellen werden die neu geschaffenen Stellen «kompensiert»?

Anfragen Januarsession 2016

Anfrage 12

Urheberin/Urheber: **Brand Peter, Münchenbuchsee (SVP)** Beantwortet durch: **POM**

Wie viele Stellen werden effektiv eingespart?

Im Jugendheim Prêles müssen Stellen gestrichen werden, weil nicht alle Plätze belegt werden können.

Fragen:

1. Wie viele Stellen werden im Jugendheim Prêles abgebaut?
2. Wie viele dieser Stellen werden in andere Organisationen der POM umgelegt?
3. Wie viele Stellen werden netto eingespart, ohne dass innerhalb des Amts oder innerhalb der POM eine neue Stelle geschaffen wird?

Anfragen Januarsession 2016

Anfrage 19

Urheberin/Urheber: **Wüthrich Adrian, Huttwil (SP)**

Beantwortet durch: **POM**

Gibt es bald siebenstellige weisse Kontrollschilder im Kanton Bern?

Die Zahl der Motorfahrzeuge ist auch im Kanton ständig am Steigen. Bis jetzt werden die weissen Kontrollschilder bis zur Nummer 999 999 vergeben (für Motorräder).

Fragen:

1. Um wie viel ist die Zahl der Motorfahrzeuge 2015 gestiegen?
2. Wann werden siebenstellige weisse Kontrollschilder im Kanton Bern nötig sein?
3. Wenn siebenstellige Kontrollschilder nicht nötig sein sollen, können sie für Auktionen – für Wunschschilder – freigegeben werden und damit dem Kanton Bern Einnahmen bringen?

Anfragen Januarsession 2016**Anfrage 6**

Urheberin/Urheber: **Bauen Antonio, Münsingen (Grüne)** Beantwortet durch: **FIN**

Steuerliche Praxis bei Photovoltaikanlagen

Gemäss Urteil des Verwaltungsgerichts des Kantons Bern vom 7. Juli 2014 (100.2012.240U) gelten angebaute PV-Anlagen als Fahrnisbauten und haben somit keinen Einfluss auf die Bestimmung des amtlichen Werts der Liegenschaft, auf der sie angebracht sind. Dies wird jedoch von den zuständigen Stellen (Steuerverwaltung, aber auch Gebäudeversicherung) noch nicht gemäss diesem Entscheid umgesetzt.

Fragen:

1. Welche Massnahmen wurden oder werden ergriffen, um die gängige Praxis dem nun rechtsgültigen Entscheid des Verwaltungsgerichts anzupassen?
2. Welche Massnahmen werden ergriffen, um die Bauherrschaften von PV-Anlagen über diese Praxisänderung zu informieren?

Anfragen Januarsession 2016

Anfrage 8

Urheberin/Urheber: **Tanner Ernst, Ranflüh (EDU)**

Beantwortet durch: **FIN**

Rückzahlungspflicht bei Steuerschulden

Fragen:

1. Ist es so, dass die kantonale Steuerverwaltung (Inkassobereich) bei einer Steuerschuld auf eine Rückzahlungspflicht der betroffenen steuerpflichtigen Person verzichtet, wenn durch die möglichen Zahlungsraten die Steuerschuld nicht innerhalb einer gewissen Frist oder nicht vollständig getilgt werden kann, und dann eine Pfändung macht?
2. Wenn ja, gehen dem Kanton durch diese Praxis nicht Steuergelder verloren?

Anfragen Januarsession 2016

Anfrage 10

Urheberin/Urheber: **Etter Jakob, Treiten (BDP)**

Beantwortet durch: **BVE**

Tram Region Bern

In der Beantwortung der Fragen zu diesem Thema in der Septembersession 2015 (Anfrage 5) wird erläutert, dass in Ostermundigen eine kommunale Initiative eingereicht worden ist, die eine Wiederauflage des Tramprojekts verlangt.

Fragen:

1. Ist die Regierung bereit, die Wiederauflage des Projekts gemäss der Initiative in Ostermundigen zu unterstützen?
2. Sind im AFP des Kantons Gelder für ein solches Projekt oder für die Bearbeitung eines solchen Projekts eingestellt?
3. Enthält der nächste ÖV-Rahmenkredit (ab 2017) Gelder für eine allfällige Finanzierung eines solchen Tramprojekts in der Region Ostermundigen?

Anfragen Januarsession 2016**Anfrage 16**Urheberin/Urheber: **Hofmann Andreas, Bern (SP)**Beantwortet durch: **BVE****Sind die Protokolle betr. Pistenhärtung bei Skirennen vorhanden und vollständig?**

In der Sonntagszeitung vom 20. Dezember 2015 erschien ein Artikel mit dem Titel «3,5 Tonnen Salz auf der Piste». Untertitel: «Schneehärter schaden der Umwelt und werden grosszügig eingesetzt».

In der Vergangenheit wurde in der Schweiz gemäss «Bund» in verschiedenen Fällen gegen die Pflicht verstossen, den Einsatz der Schneehärter genau zu protokollieren.

Bei den zwei Skirennanlässen der vergangenen Tage im Kanton Bern (Chuenisbärgli und Lauberhorn) ist es, zumindest in einem der beiden Fälle, zu einem Einsatz von Schneehärtern gekommen.

Fragen:

1. Wurden in einem Fall oder in beiden Fällen Schneehärter eingesetzt?
2. Wenn ja, wie viel pro Fall (in Tonnen)?
3. Wurden die Protokolle in allen Fällen ordnungsgemäss erstellt?

Anfragen Januarsession 2016**Anfrage 13**Urheberin/Urheber: **Hirschi Irma, Moutier (PSA)**Beantwortet durch: **STA
(JDR)****Treffen mit der Juradelegation**

Kürzlich fand ein Treffen zwischen der Juradelegation des Regierungsrates und der Bewegung «Notre Prévôté» statt, die sich für einen Verbleib Moutiers und der umliegenden Gemeinden im Kanton Bern stark macht. Bei solchen Treffen hat der Regierungsrat stets auch über die Zusammensetzung der Delegationen, die er empfängt, informiert. Dies war diesmal nicht der Fall.

Fragen:

1. Aus welchen Personen setzte sich die Delegation von «Notre Prévôté» zusammen?
2. Ist der Regierungsrat damit einverstanden, sich gegebenenfalls auch mit dem Komitee «Moutier, ville jurassienne» zu treffen?

Anfragen Januarsession 2016

Anfrage 4

Urheberin/Urheber: **Geissbühler-Strupler Sabina,
Herrenschwanden (SVP)**

Beantwortet durch: **GEF**

Kündigung am Inselspital und Abfindung in Millionenhöhe?

Immer wieder ist das Inselspital wegen Unregelmässigkeiten im Gespräch. Deshalb ist es wichtig, dass transparent informiert wird.

Fragen:

1. Trifft es zu, dass der Chefarzt der Kinderchirurgie seine Arbeit am Inselspital aufgeben musste?
2. Was war der Grund für die Auflösung des Arbeitsverhältnisses?
3. Trifft es zu, dass eine Abfindung von mehreren Millionen Franken bezahlt wurde?

Anfragen Januarsession 2016**Anfrage 20**

Urheberin/Urheber: **Speiser-Niess Anne,
Zweisimmen (SVP)**

Beantwortet durch: **GEF**

Neuwahlen des Verwaltungsrats der Insel-Gruppe

Der Regierungsrat wird die Besetzung des Verwaltungsrats der neu gegründeten Insel-Gruppe im Februar bestellen. Der massive Weggang von Chefärzten und ganzen Kader-teams sollte Anlass für eine neue Besetzung des Verwaltungsrats, insbesondere des Verwaltungsratspräsidium, geben.

Ein Weggang von 250 Mitarbeitern kann nicht mit einem erneuten Mandat von Joseph Rohrer als Verwaltungsratspräsident belohnt werden.

Fragen:

1. Welches Anforderungsprofil stellt der Regierungsrat für die Besetzung des Verwaltungsrats inkl. des Präsidenten der Insel-Gruppe, die faktisch nun der grösste Arbeitsgeber des Kantons Bern ist?
2. Wie werden Verwaltungsräte für das grösste Spital im Kanton Bern rekrutiert?
3. Welche Chargen müssen von diesem künftigen Verwaltungsrat fachlich abgedeckt werden?

Anfragen Januarsession 2016**Anfrage 9**

Urheberin/Urheber: **Geissbühler-Strupler Sabina,
Herrenschwanden (SVP)**

Beantwortet durch: **ERZ**

BFH wohin?

Es ist nicht nachvollziehbar, warum bei den verschiedenen Standortvarianten für die BFH die Fachrichtungen Wirtschaft/Gesundheit/Soziales immer als «Päckli» vorgeschlagen werden. Obschon sich der Grosse Rat mehrfach für die Konzentration der Departemente auf je einen Standort Bern, Burgdorf, Biel ausgesprochen hat, priorisiert nun der Regierungsrat diejenige Lösung, die Burgdorf mit dem «Zückerli» Technische Fachschule (Lädere) abspeist, also als Berner Fachhochschule abschreibt. Dies obwohl der Standort Burgdorf grosse Vorteile aufweist: Die Gebäude sind nur 5 Minuten vom Bahnhof entfernt, in gutem Zustand und im Besitz des Kantons. Auch das Vorhaben Informatik/Technik auf Stufe Lädere nach Burgdorf zu zügeln, ist unsinnig. Denn der Grosse Rat hat beschlossen, die Departemente Informatik/Technik in Biel anzusiedeln, und will keine Doppelspurigkeit.

Umfragen zeigen auch, dass für Studierende Wegzeiten mit dem ÖV entscheidend sind. Von Burgdorf nach Bern besteht ein Viertelstundentakt, nach Olten und Solothurn gibt es drei Verbindungen pro Stunde. Das Aussenquartier Weyermannshaus ist aber mit dem ÖV schlecht erschlossen und würde durch zusätzliche Pendlerströme den Bahnhof Bern noch mehr belasten. In Burgdorf könnte somit das Departement «Wirtschaft» (mit heutigem Standort Marzili) mit seinen zwei Drittel berufsbegleitenden Studierenden als eine angesehene und fürs Emmental wichtigen «Business School» etabliert werden.

Fragen:

1. Warum sind bei allen Varianten die Departemente WGS in einem «Päckli» vereint?
2. Wurde Burgdorf als Standort für das Departement Wirtschaft geprüft?
3. Ist der Regierungsrat bereit, die Kostenfolgen der verschiedenen Varianten (nach Biel zweiter Campus-Neubau in Bern/zukünftige Verwendung/Umnutzung der nicht mehr benötigten Liegenschaften usw.) offenzulegen?

Anfragen Januarsession 2016**Anfrage 15**Urheberin/Urheber: **Bachmann Christian, Nidau (SP)**Beantwortet durch: **ERZ****Pensionierte werden entmündigt!**

Den beiden kantonalen Pensionskassen BPK und BLVK droht der Ausschluss der Pensionierten vom Mitspracherecht in der Verwaltungskommission und in der Delegiertenversammlung. Allerdings ist im Pensionskassengesetz, das seit dem 1.1.2015 in Kraft ist, kein Artikel zu finden, der die Wählbarkeit von Pensionierten in die Verwaltungskommission und in die Delegiertenversammlung regelt. Heute sind in der BLVK von 83 Delegierten 20 Pensionierte, bei der BPK haben die Pensionierten einen eigenen Wahlkreis mit Anspruch auf 30 Sitze. Bei insgesamt 150 Delegierten.

In einem Schreiben von 2005 stellte Regierungsrat Annoni fest, dass es Versicherte gebe und dass damit die Aktiven und die Rentner gemeint seien.

Fragen:

1. Auf welche rechtliche Grundlage stützt sich die bernische BVG- und Stiftungsaufsicht (BBSA) bei ihrer Unterscheidung in Aktiv-Versicherte und Pensionierte?
2. Welche Überlegungen führen zur Absicht, die Pensionierten aus den Entscheidungsgremien der Pensionskassen auszuschliessen?
3. Was veranlasste den Regierungsrat, diese Trennung in aktive Versicherte und Rentner vorzunehmen?

Anfragen Januarsession 2016**Anfrage 17**Urheberin/Urheber: **Gasser Peter, Bévillard (PSA)**Beantwortet durch: **ERZ****Der Pantograph – Mission impossible?**

Das anerkannte und gemeinnützige Kulturkollektiv «Collectif pour la Culture» sieht sein Projekt bedroht. Während über zehn Jahren bestand mit der Eigentümerin des industriellen Brachlands, auf dem der Pantograph mit viel Geduld aufgebaut wurde, ein Arrangement, von dem beide Seiten profitierten. Damit ist nun Schluss.

Während das Kollektiv davon ausging, dass es das alte Fabrikgebäude kaufen könne, hält sich die neue Tornos-Direktion nicht an die Abmachungen der alten Direktion und fordert das Kollektiv auf, das Gebäude bis Ende Februar 2016 zu räumen. Obwohl der Entscheid der Tornos rechtlich einwandfrei ist, darf man sich fragen, warum dieses nicht gewinnorientierte Kulturzentrum von öffentlichem Interesse zerstört werden soll.

Fragen:

1. Wurde die Schlichtungsbehörde der Region Berner Jura–Seeland angerufen?
2. Wäre das kantonale Amt für Kultur bereit, eine Vermittlung anzubieten?
3. Wie gedenkt der Kanton die vom «Forum interjurassien pour la culture» eingereichte Petition zu behandeln?

Anfragen Januarsession 2016**Anfrage 18**Urheberin/Urheber: **Wüthrich Adrian, Huttwil (SP)**Beantwortet durch: **ERZ****Überarbeitung der Liste der lebendigen Traditionen im Kanton Bern?**

Ende 2012 haben auf Aufruf des Kantons Vereine, Gruppen und Verbände, die lebendige Traditionen pflegen, Anträge zur Aufnahme auf die kantonale Liste eingereicht. Es gingen 50 Eingaben ein. Eine unabhängige Expertengruppe hat die Anträge nach Kriterien begutachtet und für die Liste ausgewählt. Zu den 75 bereits bestehenden Einträgen auf der Liste wurden schliesslich 35 lebendige Traditionen neu aufgenommen. Die auf der Internetseite der Erziehungsdirektion publizierte Liste umfasst nun über 100 lebendige Traditionen aus allen Regionen des Kantons.

Die Liste ist abrufbar unter: www.erz.be.ch/lebendigetraditionen

Fragen:

1. Wer kann wann neue Vorschläge zur Aufnahme von lebendigen Traditionen einreichen?
2. Anhand welcher Kriterien wird die Expertengruppe ausgewählt?
3. Welchen Nutzen hat ein Eintrag auf der Liste für eine lebendige Tradition?

Anfragen Januarsession 2016**Anfrage 1**Urheberin/Urheber: **Imboden Natalie, Bern (Grüne)**Beantwortet durch: **VOL****Grand Tour of Switzerland: Unterstützung durch den Kanton Bern?**

Schweiz Tourismus propagiert mit der «Grand Tour of Switzerland» einen autofokussierten Tourismus mit einer rund 1600 Kilometer langen Route durch die Schweiz, die auch ins Berner Oberland führt (s. BZ, 18.11.2015, <http://mobile2.bernerzeitung.ch/articles/564c2e3d87da8ba406000001>).

Fragen:

1. Unterstützt der Kanton Bern finanziell und/oder organisatorisch die «Grand Tour of Switzerland»?
2. Wenn, ja in welchem finanziellen Umfang?

Anfragen Januarsession 2016**Anfrage 2**

Urheberin/Urheber: **Lanz Raphael, Thun (SVP)**
Dumermuth Marianne, Thun (SP)
Costa Stefan, Langenthal (FDP)

Beantwortet durch: **JGK**

Wird die Ungleichbehandlung der Regionen noch ausgebaut?

Gemäss Medienmitteilung der JGK vom 3.12.2015 bleiben die Grundbeiträge des Kantons an die Regionalkonferenzen für das Jahr 2016 unverändert, die Pro-Kopf-Beiträge werden jedoch von 55 Rappen auf 80 Rappen erhöht. Begründet wird dies damit, dass «der Umfang, die Komplexität und der Koordinationsbedarf der Aufgaben und Tätigkeiten der Regionalkonferenzen laufend zunehmen». Nachdem der Regierungsrat beschlossen hat, das Ergebnis der Evaluation der Strategie für Agglomerationen und regionale Zusammenarbeit (SARZ) abzuwarten, ist bis auf Weiteres eine Änderung der regionalen Strukturen nicht möglich, selbst wenn einzelne Regionen dies befürworten würden.

Fragen:

1. Beabsichtigt der Regierungsrat, auch die Beiträge an die nicht als Regionalkonferenzen organisierten Planungsregionen in ähnlichem Ausmass anzupassen, wie dies für die Regionalkonferenzen der Fall ist, etwa durch eine Revision der Planungsfinanzierungsverordnung?
2. Falls nein: Wie erklärt der Regierungsrat den Umstand, dass die Regionen ohne Regionalkonferenzen nicht nur bisher schlechter gestellt wurden, sondern dass diese Schlechterstellung noch ausgebaut wird?

Anfragen Januarsession 2016**Anfrage 5**

Urheberin/Urheber: **Geissbühler-Strupler Sabina,
Herrenschwanden (SVP)**

Beantwortet durch: **JGK**

Ungeklärte Brandursache des Hotels Bären in Oberried – Fragwürdige Baubewilligung für einen Neubau mit 6 Wohnungen auf dem ehemaligen Bären-Gelände

Der in Burgdorf bekannte ehemalige Geschäftsführer des Nachtclubs Falken, war danach der Besitzer des 2014 abgebrannten Bären in Oberried. Der Brandstifter konnte anscheinend nicht gefunden werden.

Obschon sich dieses Landstück in der blauen Lawinenzone befindet und in der Bauordnung festgehalten ist, dass die Landreserven in gefahrlosen Gebieten prioritär genutzt werden sollten, und keine Bauten mit grösseren Menschenansammlungen zugelassen werden dürfen, wurde Herr Tunez die Baubewilligung erteilt.

Fragen:

1. Ist dem Regierungsrat die Brandursache bekannt?
2. Ist es rechtens, dass trotz blauer Gefahrenzone ein so grosses Appartementhaus gebaut werden darf?
3. Welche Schutzmassnahmen werden getroffen und von wem finanziert?

Anfragen Januarsession 2016

Anfrage 14

Urheberin/Urheber: **Hirschi Irma, Moutier (PSA)**

Beantwortet durch: **JGK**

Möglicher Wahlbetrug in Roches

Der Regierungsstatthalter hat in der Gemeinde Roches eine Untersuchung im Zusammenhang mit einem allfälligen Wahlbetrug eingeleitet.

Fragen:

1. Was ist der Stand dieser Untersuchung und bis wann wird der Regierungsstatthalter seine Schlussfolgerungen vorlegen?
2. Befasst sich die Staatsanwaltschaft mit der Angelegenheit, handelt es sich bei Wahlbetrug doch um ein Offizialdelikt?